

Zürich, 15. März 1999

KR-Nr. 89/1999

POSTULAT von Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich) und Alfred Heer (SVP, Zürich)
betreffend steuergesetzliche Schlechterstellung der Seniorinnen und Senioren

Der Regierungsrat wird eingeladen, Massnahmen einzuleiten, welche die mit dem neuen Steuergesetz einhergehende Schlechterstellung der Seniorinnen und Senioren, insbesondere der untersten Einkommensgruppen, ausgleichen.

Vilmar Krähenbühl
Alfred Heer

Begründung:

Mit dem Versand der Steuererklärung A haben Seniorinnen und Senioren feststellen müssen, dass aller Voraussicht nach ihre Steuerrechnung wesentlich höher ausfällt. Bei gewissen Einkommensklassen können die Unterschiede mehr als 100% ausmachen. Ausgelöst wurde dies durch die Vorgabe des eidgenössischen Steuerharmonisierungsgesetzes, wonach Renten nicht mehr wie bis anhin zu 80%, sondern neu zu 100% versteuert werden müssen. Darüber hinaus wurde auch noch der Altersabzug gestrichen, beziehungsweise gemäss neuem Steuergesetz nicht mehr gewährt. Dies führt zu einer massiven Schlechterstellung der betroffenen Seniorinnen und Senioren, ohne dass sich ihre wirtschaftliche Situation durch erhöhte Leistungen des Staates verbessert hätte. Ganz speziell trifft dies die untersten Einkommen.

Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen, diese durch das neue Steuergesetz hervorgerufene Ungerechtigkeit durch geeignete Massnahmen bei der Besteuerung der Seniorinnen und Senioren zu entschärfen.